

08.07.2014 - 20:30 Uhr

Relativ teuer, Kommentar zur Commerzbank von Bernd Neubacher

Frankfurt (ots) -

Alles ist relativ, auch die Höhe von Geldbußen. Sollte die Commerzbank wegen früherer Verstöße gegen US-Embargobestimmungen wie in der US-Presse kolportiert umgerechnet mindestens 500 Mill. Dollar zahlen müssen, wäre dies nur im absoluten Vergleich mit der knapp 9 Mrd. Dollar schweren Rekordstrafe der BNP Paribas wenig. Denn was im Falle der französischen Großbank dem 1,4-fachen Nettogewinn 2013 nach Minderheitsanteilen entspricht, kommt bei der Commerzbank dem mindestens 4,7-fachen, den Aktionären zurechenbaren Konzernergebnis im vergangenen Jahr gleich.

Dass es wenigstens 500 Mill. Dollar sein sollen, davon darf man getrost ausgehen. Schon im Fall BNP Paribas waren via Medien erste Preisindikationen aufgerufen worden, um Erwartungsmanagement zu betreiben und das Feld für eine außergerichtliche Einigung zu bereiten. Der finanzielle Aderlass könnte noch verblassen angesichts eines etwaigen Schuldeingeständnisses oder weitergehender Sanktionen, etwa eines vorübergehenden Ausschlusses von Dollar-Geschäften wie im Fall der BNP Paribas, die nach Erkenntnissen der US-Behörden ihre Geschäfte allerdings eigens verschleiert hatte.

Dass die US-Behörden nun beinahe geschlagene vier Jahre benötigt haben, um genug belastendes Material zu sammeln, damit sie der Commerzbank umgerechnet 368 Mill. Euro abknöpfen können, zeigt dabei, welch langen Atem sie haben. Für Banken wie die Deutsche Bank, denen wegen US-Sanktionsverstößen ebenfalls noch Bußen drohen, dürften die zu zahlenden Beträge mit zunehmender Dauer der Untersuchungen kaum günstiger werden, wie die Entwicklung von Geldbußen in den vergangenen Monaten gezeigt hat.

Anlegern im Bankensektor eröffnen sich damit neue juristische Risiken. Deren wachsende Bedeutung ist dabei nur teilweise darauf zurückzuführen, dass Vergehen von Banken anders als noch vor wenigen Jahren angemessen geahndet werden. Eine große Rolle spielen eben auch zunehmend aggressive US-Behörden, die einer gerichtlichen Prüfung ihrer Vorwürfe gleichwohl windige Deals mit den Finanzinstituten vorziehen.

Der Deutschen Bank wird auch künftig keine Alternative bleiben als zu zahlen. Gerade Häuser wie die Commerzbank aber, die im globalen Konzert nicht vorne mit dabei sind, müssen sich angesichts volatiler werdender Behörden in den USA zumindest fragen, ob sie ihre Dienste dort zu günstig anbieten. Ein Rückzug aus den USA wäre vermutlich ein Sakrileg. Auch das aber kann relativ sein.

Kontakt:

Börsen-Zeitung
Redaktion

Telefon: 069--2732-0
www.boersen-zeitung.de

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100014783/100758793> abgerufen werden.